

Bergmann, Georg

Article — Digitized Version

Die britische Zahlungsbilanz und die Konvertibilität des Pfundes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bergmann, Georg (1955) : Die britische Zahlungsbilanz und die Konvertibilität des Pfundes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 10, pp. 577-581

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132166>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die britische Zahlungsbilanz und die Konvertibilität des Pfundes

Dr. Georg Bergmann, Frankfurt/M.

Im Rahmen der allgemeinen Konvertibilitätsdiskussion steht die Frage im Vordergrund, wann mit der Konvertibilität des britischen Pfundes zu rechnen ist; denn das britische Pfund hat gewissermaßen die Rolle des Schrittmachers auf dem Wege zur Konvertibilität der europäischen Währungen übernommen. Die übrigen europäischen Währungen werden den Schritt zur Konvertibilität erst tun, wenn das britische Pfund vorangegangen ist.

Während noch im Frühjahr und Sommer vorigen Jahres die Aussichten der Pfundkonvertibilität in Großbritannien im allgemeinen recht günstig beurteilt wurden, waren bereits im vergangenen Herbst, mit dem Herannahen der Währungskonferenz in Washington, in wachsendem Maße Stimmen laut geworden, die Bedenken gegen einen schnellen Übergang zur Konvertibilität geltend machten und um „Geduld für das Pfund“ baten. Im Laufe der folgenden Monate war in Großbritannien eine immer größere Zurückhaltung festzustellen. So wurde nur noch von der Inangriffnahme der Konvertibilität innerhalb der nächsten zwölf Monate gesprochen. Auch auf der Pariser OEEC-Konferenz Anfang Juni d. J. konnte man nicht den Eindruck gewinnen, daß es Großbritannien besonders eilig hätte. Wie es hieß, erklärte der britische Schatzkanzler bei dieser Gelegenheit, „daß die Zeit noch nicht reif sei“ für die Konvertibilität im Sinne eines freien Währungsaustausches zwischen dem Pfund und dem Dollar. Bei einer anderen Gelegenheit sprach der Schatzkanzler nur von einem „freieren Zahlungsverkehr“, der „eines Tages“ verwirklicht werden könnte, „sobald die entsprechenden internationalen Bedingungen erfüllt seien“. Neuerdings ist in der Londoner Wirtschaftspresse ziemlich offen erklärt worden, daß die wahrscheinlich ursprünglich bestehende Absicht, das Pfund im Laufe dieses Herbstes konvertibel zu machen, endgültig fallen gelassen worden ist. Mit Schritten in dieser Richtung könne erst gerechnet werden, wenn die zur Dämpfung der inflationistischen Tendenzen und zur Verbesserung der Zahlungsbilanz getroffenen Maßnahmen durchgreifende Erfolge gezeitigt haben, wobei es sich nicht nur um Großbritannien selbst, sondern auch um eine Reihe anderer wichtiger Sterlingländer handelt, bei denen sich seit einiger Zeit die außenwirtschaftliche Lage ebenfalls verschlechtert hat. Auch könne bis dahin kaum eine weitere Auflockerung der Devisenrestriktionen — als Vorbereitung der Konvertibilität — erwartet werden. Im gleichen Sinne hat der britische Schatzkanzler auf der

Währungskonferenz in Istanbul zur Konvertibilitätsfrage Stellung genommen. Das bedeutet praktisch, daß damit auch die ganze europäische Konvertibilitätsaktion vorläufig ad acta gelegt wird.

Die Hauptvoraussetzung eines baldigen Übergangs zur Konvertibilität des Pfundes ist eine wesentliche Besserung der außenwirtschaftlichen Lage, deren Zuspitzung in den letzten Monaten einen Strich durch alle Konvertibilitätsrechnungen gemacht hat. Hierzu haben vor allem die die britische Wirtschaft in der letzten Zeit erschütternden Streikwellen beigetragen, deren Auswirkungen sich noch in den nächsten Monaten bemerkbar machen werden.

DIE BRITISCHE ZAHLUNGSBILANZ

Nach dem „Economic Survey“ des britischen Schatzamtes für das Jahr 1953 war es als wesentliches Ziel der britischen Wirtschaftspolitik bezeichnet worden, auf den laufenden Konten der Zahlungsbilanz, d. h. in der Waren- und Dienstleistungsbilanz (einschl. amerikanische Verteidigungshilfe), mit einem Überschuß von mindestens 300—350 Mill. £ jährlich abzuschließen, um weitere Rückzahlungen auf die seinerzeit seitens der USA und Kanadas gewährten Anleihen vorzunehmen, um die britische Verschuldung gegenüber der EZU wie auch die — zur Zeit 4 Mrd. £ betragenden — Sterling-Verbindlichkeiten abzubauen, um die für notwendig gehaltenen Auslandsinvestitionen, insbesondere die Entwicklungsprojekte in den Commonwealth-Ländern, zu finanzieren und um schließlich — als eine wesentliche Voraussetzung für die Konvertibilität des Pfundes — die britischen Gold- und Dollarreserven, die bekanntlich gleichzeitig die Währungsreserven des gesamten Sterlinggebietes darstellen, weiter anzureichern. Diese betragen Ende Dezember 1952 erst 1846 Mill. \$ gegenüber einem Höchststand von 3867 Mill. \$ Ende Juni 1951. Als Betrag, der von der britischen Regierung als Gold- und Dollar-Konvertibilitätsreserve für erforderlich gehalten wird, wurden seinerzeit 5 Mrd. \$ genannt. Allerdings glaubte man von vornherein nicht, daß Großbritannien und der Sterlingblock diesen Betrag aus eigener Kraft erreichen würden, sondern man zog dabei in Betracht, daß Großbritannien im Falle des Übergangs zur Konvertibilität eine gewisse Dollar-Unterstützung von Seiten des Währungsfonds in Form sogenannter „stand by“-Kredite erhalten würde. Als Betrag hierfür werden 500 Mill. \$ genannt, die etwa 25 % der Währungsfonds-Quoten sämtlicher Sterlingländer entsprechen.

Die britische Zahlungsbilanz

(in Mill. £)

| Position | 1952 | 1953 | 1954 | | |
|--|-------|-------|----------|----------|-----------|
| | | | 1. Hlbj. | 2. Hlbj. | Insgesamt |
| Einfuhr (fob) | 2 946 | 2 889 | 1 471 | 1 536 | 3 007 |
| Ausfuhr (fob) | 2 826 | 2 671 | 1 423 | 1 392 | 2 815 |
| Warenbilanz | -120 | -218 | - 48 | -144 | -192 |
| Dienstleistungsbilanz | +430 | +488 | +270 | +201 | +471 |
| Regierungsausgaben | -172 | -155 | - 74 | - 95 | -169 |
| Waren- und Dienstleistungsbilanz | +138 | +115 | +148 | - 38 | +110 |
| Amerikanische Verteidigungshilfe | +121 | +102 | + 24 | + 26 | + 50 |
| Waren- und Dienstleistungsbilanz einschließlich amerikanische Verteidigungshilfe | +259 | +217 | +172 | - 12 | +160 |
| Ausgleich der Waren- und Dienstleistungsbilanz: | | | | | |
| Auslandsinvestitionen (netto) (Zunahme -) | - 86 | -200 | - 83 | - 69 | -152 |
| Sterling-Verbindlichkeiten (Zunahme +, Abnahme -) | -348 | +223 | + 90 | - 11 | + 79 |
| Gold- und Dollarreserven (Zunahme -, Abnahme +) | +175 | -240 | -179 | + 92 | - 87 |
| Saldo der Ausgleichsposten | -259 | -217 | -172 | + 12 | -160 |

Quelle: Angaben des britischen Schatzamtes.

Die britische Waren- und Dienstleistungsbilanz (ohne amerikanische Verteidigungshilfe), die 1953 noch mit 115 Mill. £ und im 1. Halbjahr 1954 mit 148 Mill. £ aktiv war, ist im 2. Halbjahr 1954 mit 38 Mill. £ und — nach Schätzungen des Londoner „Statist“ — im 1. Halbjahr 1955 mit etwa 80—90 Mill. £ passiv geworden.

Die etwa Mitte 1954 einsetzende Verschlechterung der britischen Waren- und Dienstleistungsbilanz beruhte, wie aus vorstehender Tabelle zu ersehen ist, in der Hauptsache auf der Erhöhung des Defizits der Warenbilanz. Erhöhten Einfuhren auf Grund der steigenden industriellen Produktion, des wachsenden persönlichen Verbrauchs, zu dem nicht unerhebliche Steuererleichterungen beigetragen haben, und der erweiterten britischen Liberalisierungsquote standen geminderte Ausfuhr gegenüber, was teilweise auf den Dockarbeiterstreik im Oktober vorigen Jahres zurückzuführen ist. Zu der Zunahme des Warenbilanz-Defizits im 2. Halbjahr 1954 hat außerdem auch die ungünstige Entwicklung der britischen terms of trade — erhöhte Einfuhrpreise, etwa gleichbleibende Ausfuhrpreise — beigetragen. Trotzdem war das Defizit der Warenbilanz im ganzen Jahr 1954 immer noch etwas niedriger als 1953, da im 1. Halbjahr 1954 das Defizit der Warenbilanz außerordentlich gering war. Hierauf beruht auch im wesentlichen die Tatsache, daß sich von 1953 auf 1954 der Überschub der Waren- und Dienstleistungsbilanz (ohne Verteidigungshilfe) nur von 115 auf 110 Mill. £ verminderte. Der Rückgang des Gesamtüberschusses beruhte hauptsächlich auf der Verminderung der Verteidigungshilfe von 102 Mill. £ 1953 auf 50 Mill. £ 1954. Im laufenden Jahr hat sich die Verschlechterung der Warenbilanz fortgesetzt. In den ersten acht Monaten belief sich nach Angaben des britischen Board of Trade das Defizit auf 629 Mill. £, verglichen mit einem Defizit von 360 Mill. £ in der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Erhöhung beruht ausschließlich auf der Zunahme der Einfuhr von 2 228 auf 2 583 Mill. £ und kennzeichnet den starken Einfuhrsog. Als besonders bedenklich wird die Tatsache angesehen, daß mehr als die Hälfte der Einfuhrbeschränkungen auf den Dollarraum entfällt. Dagegen ist die Ausfuhr nur von 1 868 auf 1 954 Mill. £, d. h. um 4,5 % gestiegen, wogegen z. B. die westdeutsche Ausfuhr in der gleichen Zeit eine Zunahme von 17 % aufwies. Bemerkenswert ist

allerdings die außerordentlich günstige Entwicklung der Ausfuhr im August, die mit 274 Mill. £ sogar den bisherigen Jahreshöchststand darstellt. Hieran knüpfen sich gewisse Hoffnungen auf eine Wende in der Entwicklung der Warenbilanz. Ein Moment von besonderer Bedeutung ist, daß die britischen terms of trade sich seit Januar d. J. etwas gebessert haben, und zwar ist der Einfuhrpreis-Index (1954 = 100) von 104 im Januar auf 102 im Juli abgesunken, dagegen der Ausfuhrpreis-Index (1954 = 100) von 100 im Januar auf 103 im Juli gestiegen. Diese Entwicklung war zweifellos für die Warenbilanz günstig; denn ohne sie wäre das Defizit im laufenden Jahr sicher noch größer ausgefallen. Auf der anderen Seite kann sie aber in Großbritannien deshalb nicht so sehr begrüßt werden, weil durch die Steigerung der Ausfuhrpreise naturgemäß der britische Export erschwert wird. Allerdings ist auch der westdeutsche Ausfuhrpreis-Index von Januar bis Juli d. J. von 118,6 auf 120,6 (1950 = 100), d. h. etwas weniger als der britische gestiegen. Auf britischer Seite ist man auch deshalb besonders besorgt, weil nach Angaben des britischen Schatzamtes der britische Anteil am Weltexport von Fertigwaren sich bereits von 25,7 % 1950 auf 19,9 % in der Zeit von Oktober 1954 bis März 1955 verringert hat. In der gleichen Zeit hat sich der westdeutsche Anteil von 7,3 % auf 15,3 % erhöht.

BILANZ DES STERLINGBLOCKS

Betrachtet man die Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks mit den Nicht-Sterlingländern, so ersieht man, daß sich der Überschub des 1. Halbjahres 1954 in Höhe von 171 Mill. £ im 2. Halbjahr in ein Defizit von 164 Mill. £ verwandelt hat, d. h. daß eine Verschlechterung um nicht weniger als 335 Mill. £ eingetreten ist. Aus der nachstehenden Tabelle ist ferner zu ersehen, daß die Verschlechterung der britischen Zahlungsbilanz vom 1. zum 2. Halbjahr 1954 ausschließlich im Verkehr mit den Nicht-Sterlingländern erfolgt ist. Die Zahlungsbilanz der übrigen Sterlingländer mit den Nicht-Sterlingländern weist gleichfalls eine Verschlechterung auf, wobei jedoch das Ausmaß geringer ist als bei der britischen Zahlungsbilanz. Die Gründe für die Verschlechterung lagen hier hauptsächlich in der Zunahme der Einfuhr infolge Auflockerung der Einfuhrrestriktionen.

Die Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks

(in Mill. £)

| Position | 1952 | 1953 | 1954 | | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | 1. Hlbj. | 2. Hlbj. | Insgesamt |
| Laufende Zahlungsbilanz Großbritanniens mit den Nicht-Sterlingländern ¹⁾ mit den Sterlingländern | -120 +379 | + 44 +173 | + 58 +114 | -167 +155 | -109 +269 |
| Insgesamt | +259 | +217 | +172 | - 12 | +160 |
| Zahlungsbilanz der übrigen Sterlingländer mit den Nicht-Sterlingländern ²⁾ mit Großbritannien | +162 -367 | +281 -173 | +113 -114 | + 3 -155 | +116 -269 |
| Insgesamt | -205 | +108 | - 1 | -152 | -153 |
| Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks mit den Nicht-Sterlingländern | + 54 | +325 | +171 | -164 | + 7 |

¹⁾ Einschl. amerikanische Verteidigungshilfe. ²⁾ Schätzungen, die auch Kapitaltransaktionen mit Nicht-Sterlingländern enthalten.
Quelle: Angaben des britischen Schatzamtes.

Im laufenden Jahr dürfte sich die Zahlungsbilanz des gesamten Sterlingblocks gegenüber den Nicht-Sterlingländern weiter verschlechtert haben. Hierauf deutet vor allem hin, daß nach Angaben des britischen Board of Trade im 1. Vierteljahr 1955 — neuere Zahlen liegen noch nicht vor — die Warenbilanz des gesamten Sterlingblocks mit den Nicht-Sterlingländern ein Defizit von 241 Mill. £ aufwies, verglichen mit einem Defizit von 69 Mill. £ im 1. Vierteljahr 1954. Hierbei hat sich vom 1. Vierteljahr 1954 zum 1. Vierteljahr 1955 das Defizit Großbritanniens von 59 auf 171 Mill. £, das der übrigen Sterlingländer von 10 auf 70 Mill. £ erhöht. Von der Zunahme des Defizits entfielen also etwa zwei Drittel auf Großbritannien und ein Drittel auf den restlichen Sterlingraum. Ebenso wie bei Großbritannien beruhte beim restlichen Sterlingraum die Erhöhung des Defizits — wie schon im vergangenen Jahr — ausschließlich auf der starken Zunahme der Einfuhr. Eine Verschlechterung der Außenhandels- und Zahlungsbilanzlage ist vor allem in Australien, Neuseeland, Pakistan, in geringerem Maße auch in Indien und Südafrika eingetreten.

Im Hinblick auf die angestrebte Wiederherstellung der Konvertibilität kommt naturgemäß der Zahlungsbilanz gegenüber dem Dollarraum die Hauptbedeutung zu. Auch hier ist eine Verschlechterung festzustellen. Im Jahre 1953 wies die britische Waren- und Dienstleistungsbilanz mit dem Dollarraum — ohne amerikanische Verteidigungshilfe — ein Defizit von 110 Mill. £ auf. Im 1. Halbjahr 1954 betrug es nur 5 Mill. £, stieg dann aber im 2. Halbjahr auf 146 Millionen £, so daß sich für das ganze Jahr 1954 ein Defizit von 151 Mill. £, also 41 Mill. £ mehr als im Vorjahr ergab. 1955 dürfte sich auch hier die Verschlechterung fortgesetzt haben; denn im 1. Halbjahr 1955 belief sich nach Angaben des Board of Trade das Defizit der Warenbilanz mit dem Dollarraum auf 207 Millionen £, während es im ganzen Jahr 1954 nur 244 Millionen £ betrug.

Auch die Zahlungsbilanz der übrigen Sterlingländer mit dem Dollarraum zeigt im laufenden Jahr eine Verschlechterung, wie aus der Entwicklung der Warenbilanz-Ziffern zu ersehen ist. Während das Defizit der Warenbilanz mit dem Dollarraum von 1953 auf 1954 von 72 auf 68 Mill. £ zurückging, betrug es im 1. Vierteljahr 1955 — neuere Zahlen liegen noch nicht vor — 27 Mill. £, verglichen mit 14 Mill. £ im 1. Vierteljahr 1954.

GOLD- UND DOLLARRESERVEN

Infolge der Verschlechterung der Zahlungsbilanz Großbritanniens und des gesamten Sterlingblocks seit Mitte 1954 sind die Gold- und Dollarreserven abgesunken. Nachdem sie von Ende Dezember 1953 bis Ende Juni 1954 von 2518 auf 3017 Mill. \$ gestiegen waren und damit ihren Nachkriegs-Höchststand erreicht hatten, sind sie bis Ende Dezember 1954 wieder auf 2762 Mill. \$ gefallen. Im laufenden Jahr hat sich die Abnahme der Reserven fortgesetzt. Die Reserven gingen in den ersten acht Monaten von 2762 um 305 auf 2457 Mill. \$ zurück. Damit lagen sie Ende August um 560 Mill. \$ unter dem Ende Juni 1954 mit 3017 Mill. \$ erreichten Nachkriegs-Höchststand. (Der Nachkriegs-Höchststand wurde Ende Juni 1951 mit 3867 Mill. \$, der Nachkriegs-Tiefstand Ende April 1952 mit

Reinhart Maurach

HANDBUCH DER SOWJET-VERFASSUNG

Staat, Partei, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft
in Theorie und Praxis

ca. 440 Seiten, Leinwand DM 44,—

Professor Dr. Reinhart Maurach, Ordinarius an der Universität München, ist einer der wenigen Kenner des russischen und sowjetischen Rechts in Deutschland. Nach fast zwanzigjähriger Vorarbeit legt er ein in der Literatur erstmaliges Handbuch der Sowjetverfassung vor. An Hand vornehmlich sowjetischer Quellen aus Schrifttum, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis verfolgt er an den einzelnen Artikeln der „Stalin-Verfassung“ vom 5. Dezember 1936 alle Bereiche des öffentlichen Lebens innerhalb der UdSSR.

ISAR-VERLAG MÜNCHEN

1662 Mill. \$ erreicht). Da in den ersten acht Monaten aus der amerikanischen Verteidigungshilfe 114 Mill. \$ in die Reserven flossen, belief sich die rein kommerzielle Abnahme der Reserven in diesem Zeitraum auf 419 Mill. \$. Hieran haben zweifellos die Kosten der Stützungskäufe für das Pfund einen erheblichen Anteil gehabt.

Entwicklung der britischen Gold- und Dollarreserven (in Mill. \$)

| Zeitpunkt | Betrag | Zeitpunkt | Betrag |
|--------------------|--------|------------------|--------|
| 1949 Ende Dezember | 1 688 | 1955 Ende Januar | 2 763 |
| 1950 Ende Dezember | 3 300 | Ende Februar | 2 681 |
| 1951 Ende Dezember | 2 335 | Ende März | 2 667 |
| 1952 Ende Dezember | 1 846 | Ende April | 2 686 |
| 1953 Ende Dezember | 2 518 | Ende Mai | 2 686 |
| 1954 Ende Juni | 3 017 | Ende Juni | 2 680 |
| Ende Dezember | 2 762 | Ende Juli | 2 544 |
| | | Ende August | 2 457 |

PROGNOSE DER KUNFTIGEN ENTWICKLUNG

Auch der weiteren Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz wird keine günstige Prognose gestellt. Auf der einen Seite befürchtet man auf Grund der weiter aufwärts gerichteten Tendenz der Preise und Löhne, sowie teilweise auch wegen der verlängerten Lieferfristen infolge der Streiks, eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Waren auf den ausländischen Absatzmärkten. Ein weiterer Auftrieb der Preise ist insbesondere in Auswirkung der kürzlichen, etwa 18%igen Kohlenpreiserhöhung zu erwarten. Die Lohnkosten der britischen Wirtschaft haben sich allein im 1. Halbjahr 1955 um 200 Mill. £ erhöht, das sind 80% mehr als die Erhöhung der Lohnkosten im 1. Halbjahr 1954. Wie der britische Schatzkanzler kürzlich erklärte, sind die Lohnsätze in den letzten zwölf Monaten stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten. Von besonderer Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit des britischen Exports ist, daß die Löhne in Großbritannien seit einiger Zeit schneller steigen als in den Konkurrenzländern. Wenn die zahlreichen zur Zeit anhängigen Lohnforderungen zum größten Teil erfüllt werden sollten, muß sich zwangsläufig die Lohn-Preis-Spirale fortsetzen.

Auf der anderen Seite ist auf Grund der Zunahme des Konsumenten-Einkommens durch die Lohnerhöhungen kaum mit einem Einfuhrrückgang zu rechnen. Eine zusätzliche Belastung der Zahlungsbilanz stellen die infolge ungenügender Kohlenförderung in Großbritannien zunehmenden Kohleneinfuhren dar (zur Zeit etwa 1 Mill. t monatlich). Für die Kohleneinfuhr wird man im laufenden Jahr 80 Mill. £ ausgeben müssen, gegenüber 20 Mill. £ im Vorjahr. Die Stahleinfuhren haben sich ebenfalls erhöht.

Ferner wird die Dienstleistungsbilanz belastet, weil die in London seit den letzten beiden Diskonterhöhungen (von 3 auf 3,5% am 27. 1. 1955 und von 3,5 auf 4,5% am 24. 2. 1955) eingetretene Zinsverteuerung eine vermehrte Zinsbelastung auf die etwa 4 Mrd. £ betragenden Sterling Guthaben des Auslands bedeutet. Hinzu kommt, daß ausländische Kreditnehmer wegen der Zinsverteuerung in London veranlaßt werden, sich anderen, billigeren Geldquellen zuzuwenden, woraus sich ein Einnahmeentgang für die Londoner Banken und damit auch ein Devisenausfall für

die britische Wirtschaft ergibt. Ganz allgemein pflegt auch das zweite Kalenderhalbjahr aus saisonalen und anderen Gründen (fällige Zinszahlungen auf die seitens der USA und Kanadas früher gewährten Anleihen) stets eine ungünstigere Phase für die Zahlungsbilanz zu sein als das erste.

Die anhaltende Schwäche des Pfundes ist zweifellos in erster Linie auf die ungünstige Beurteilung der weiteren Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz zurückzuführen; denn diese hat verschiedentlich zu einer aktiven Spekulation gegen das Pfund und zu einer Flucht aus dem Pfund geführt. Zur Pfundschwäche dürfte ferner beigetragen haben, daß von britischer Seite des öfteren ein flexibler Wechselkurs als eine wesentliche Bedingung für die Konvertibilität bezeichnet wurde, mit der Begründung, daß die Konvertibilität mit einem fixen Wechselkurs bei der derzeitigen Zahlungsbilanz ein zu großes Wagnis darstelle. Diese Darlegungen, die im Ausland als beabsichtigte Abwertung des Pfundes interpretiert wurden, haben zweifellos das Vertrauen des Auslandes in das Pfund erschüttert und zu Abzügen von kurzfristigen Geldern aus London geführt. Ende Juli und erneut auf der Währungskonferenz in Istanbul ist allerdings vom britischen Schatzkanzler erklärt worden, daß irgendwelche Abwertungsabsichten nicht bestünden, sondern daß die Parität des Pfundes von 2,80 \$ auf jeden Fall beibehalten werden würde. Ebenso bestünden keinerlei Absichten, die sogenannte Bandbreite des Pfundkurses von 2,78—2,82 \$ zu erweitern. In der letzten Zeit konnte verschiedentlich nur durch Stützungskäufe des Währungsausgleichsfonds verhindert werden, daß der Pfundkurs unter den unteren Interventionspunkt (2,78 \$) absank.

DIE KREDITRESTRIKTIVEN MASSNAHMEN

Seit Anfang des Jahres hat die britische Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der inflationistischen Tendenzen und zur Verbesserung der Zahlungsbilanz getroffen. Diese bestanden einmal in den beiden Diskonterhöhungen. Eine weitere Maßnahme stellte der sogenannte „credit squeeze“ dar, d. h. die Bank of England zwang die Discount Houses durch Verknappung des Geldmarktes im Wege der Offenmarkt-Politik, sich bei ihr zum offiziellen Diskontsatz, der über den Sätzen des Geldmarktes liegt, zu refinanzieren, wodurch naturgemäß über die Kreditverteuerung eine gewisse restriktive Wirkung auf den Geldmarkt ausgeübt wurde. Schließlich traten die am 25. 7. 1955 bekanntgegebenen Maßnahmen hinzu. Diese bestanden einmal in einem Appell der Bank of England an die Banken, die Kreditgewährung an ihre Kunden, die seit Anfang dieses Jahres um 300 Mill. £ gestiegen war, bis Ende des Jahres um 200 Mill. £ (10% des Gesamtkreditvolumens) abzubauen, d. h. also gewissermaßen in einer Fortsetzung des „credit squeeze“. Des weiteren wurde zur Einschränkung des Teilzahlungsgeschäfts, das an der Zunahme des Kreditvolumens großen Anteil hat, die vorgeschriebene Anzahlung für Waren des allgemeinen Komforts von bisher 15 auf 33¹/₃% erhöht. Auch erging ein Appell an die Industrie, ihre langfristigen Investitionen um drei bis zwölf Monate aufzuschieben, soweit es sich

nicht um Investitionen zur Hebung des Exports handelt. Die Regierung selbst will Einschränkungen bei ihren eigenen Investitionsplänen vornehmen, wobei jedoch die Kohlenförderung, die Atomindustrie und das Eisenbahn-Erneuerungsprogramm ausgenommen sind. Ferner erfolgte ein Aufruf an die Kommunalbehörden, ihre Bauprogramme einer Revision zu unterziehen. Schließlich hat die britische Regierung am 6. 9. 1955 den Zinssatz für neue Kredite an die Kommunalbehörden von 4,5 auf 5% erhöht. Die den Kommunalbehörden gewährten Kredite werden zum großen Teil für das Wohnungsbauprogramm verwendet. Die Auswirkungen dieser restriktiven Maßnahmen waren bisher gering. Von einem eigentlichen Abbau der Bankkredite konnte bisher noch keine Rede sein. Viele Banken vertreten die Auffassung, daß der 10%ige Kreditabbau kaum bis zum Jahresende erreicht werden könne. Auch eine nennenswerte Eindämmung des Teilzahlungsgeschäfts konnte bisher nicht festgestellt werden. Nach den neuesten Meldungen scheinen sich allerdings doch die Anzeichen für eine zunehmende Anspannung der Kreditversorgung zu mehren.

Innerhalb der britischen Regierung scheint noch keine Einigkeit über die Art etwaiger weiterer kreditrestriktiver Maßnahmen und den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung zu bestehen. Als wesentlichste Maßnahme wird schon seit längerem von einer erneuten Heraufsetzung des Diskontsatzes, und zwar von 4,5 auf 6% gesprochen. Hiergegen sind jedoch eine ganze Reihe von Argumenten vorgebracht worden, so insbe-

sondere weiter erhöhte Zinskosten auf die 4 Mrd. £ Sterlingguthaben des Auslandes, weitere Abwanderung ausländischer Kreditnehmer von London zu anderen, billigeren ausländischen Bankplätzen, was zu einer Schwächung der Stellung Londons als internationales Finanzzentrum führen würde; in beiden Fällen würde eine zusätzliche Belastung der Zahlungsbilanz erfolgen. Auch würde eine erneute Diskonterhöhung wegen der damit verbundenen erhöhten Kosten für Schuldaufnahmen zu einer weiteren Belastung des öffentlichen Haushalts führen.

Heute besteht jedoch in Großbritannien weitgehend Klarheit darüber, daß mit kreditrestriktiven Maßnahmen allein das britische Wirtschaftsproblem nicht wird gelöst werden können. Als Maßnahmen, die ergänzend hinzutreten müßten, werden genannt: Steuererhöhungen, weitere Einschränkung des Teilzahlungsgeschäfts, drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Zurückhaltung der Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen und äußerstenfalls auch Importrestriktionen, obwohl deren Zweckmäßigkeit in der gegenwärtigen Situation sehr umstritten ist. Alle diese Maßnahmen sind natürlich sehr unpopulär und würden aus innenpolitischen Gründen nur schwer durchzuführen sein. Daher wird neuerdings in der Presse manchmal die Frage aufgeworfen, ob die britische Regierung angesichts dieser Schwierigkeiten sich nicht eines Tages doch gezwungen sehen könnte, ihre gegenwärtige Haltung in der Abwertungsfrage zu revidieren.

Deutsch-indische Wirtschaftsbeziehungen

Am 31. März 1955 wurde in New Delhi ein neues deutsch-indisches Handelsabkommen unterzeichnet. Dieses neue Handelsabkommen ist im Unterschied zu den früheren unbefristet. Nur die Kontingentsliste für die Einfuhr indischer Erzeugnisse nach Deutschland ist einer jährlichen Revision unterworfen. Das neue Abkommen ist erstmalig auch in Hindi und nicht wie bisher nur in deutscher und englischer Sprache abgefaßt.

Der deutsch-indische Warenaustausch ist seit Jahren aktiv zugunsten der Bundesrepublik. Die Ursache dafür ist einerseits der große Bedarf Indiens an Investitionsgütern und andererseits die Tatsache, daß Indien als wachsendes Industrieland einen großen Teil seiner Rohstoffe selbst verarbeitet und nicht mehr wie früher exportiert. Diese Situation beeinträchtigt aber den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern nicht, da Indien als Mitglied des Sterlingblocks nicht darauf angewiesen ist, der Bundesrepublik gegenüber eine ausgeglichene Handelsbilanz zu haben. Der Warenverkehr ist daher insoweit stetig und ruhig, da Zahlungs- und Transferschwierigkeiten nicht vorkamen und nicht zu erwarten sind. Diese Lage enthebt aber auf der anderen Seite den deutschen Partner nicht von der Verpflichtung, alle Anstrengungen zu machen, die Einfuhr aus Indien zu erhöhen.

DAS INDISCHE IMPORTSYSTEM

Betrachtet man die deutsche Ausfuhr nach Indien genauer, so erfreut es einen festzustellen, daß trotz des ungeheuren indischen Investitionsgüterbedarfs der Anteil der Konsumgüter an der Ausfuhr in den Jahren 1952, 1953, 1954 und 1955 fast unverändert um 25% liegt. Dieses Resultat muß angesichts mancher Klagen der deutschen Exportwirtschaft über das System der indischen Einfuhrbestimmungen und deren ungünstige Auswirkung auf einzelne Zweige der deutschen Industrie hervorgehoben werden. Denn das indische Einfuhrsystem hat trotz seiner beträchtlichen beschränkenden Maßnahmen für die deutsche Ausfuhr im Enderfolg einen Vorteil. Es kennt nämlich keine Diskriminierung. Alle einschränkenden Maßnahmen treffen die Importländer in gleicher Weise. Das Einfuhrsystem sieht, soweit der Import nicht liberalisiert ist, Globalquoten vor, die von Halbjahr zu Halbjahr geändert und in einem sog. „Roten Buch“ bekanntgegeben werden. An diesen Globalquoten hat zwangsläufig dasjenige Land den größten Anteil, dessen Erzeugnisse am besten oder billigsten oder deren Lieferzeiten die kürzesten sind. Es hat sich aber in der Nachkriegsentwicklung herausgestellt, daß ein Großteil der deutschen Erzeugnisse trotz der Ferne des indischen Marktes, trotz der Präferenzzölle zugunsten